

BAG Aktuell



Pressemitteilung, 08. Dezember 2003

Frauenagenda zum neuen Sozialstaat 16. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten 30.11. bis 03.12.2003, Dresden

[[Download .doc](#)]

Von Chancengleichheit für Frauen und Männer ist die gegenwärtige Gesellschaft in Deutschland noch weit entfernt. Die gegenwärtigen Veränderungen führen nicht zu mehr Gleichberechtigung, sondern zu sozialer Spaltung und Ungerechtigkeit, so das Fazit der 16. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in Dresden.

Mit ihrer "Frauenagenda zum neuen Sozialstaat" beschlossen die 430 Teilnehmerinnen nach dreitägiger Beratung mit überwältigender Mehrheit ein Arbeitspapier, das Alternativen zur derzeitigen Reformpolitik der Bundesregierung aufzeigt. In regen Diskussionen setzten sie sich vorher in fünf Arbeitsgruppen mit der aktuellen Arbeits- und Sozialpolitik, dem Krankenversicherungs- und Rentenrecht auseinander und tauschten ihre Erfahrungen über Möglichkeiten und Grenzen der Anwendung von Gender Mainstreaming auf kommunaler Ebene aus.

Die Grundforderung der Frauenbewegung nach eigenständiger Existenzsicherung für Frauen ist bisher unerfüllt. Im "Dresdner Dokument" der Bundeskonferenz heißt es dazu: "Das Problem liegt darin, dass mit der Agenda 2010 ein Normensystem etabliert wird, das weder demokratisch noch sozial noch freiheitlich ist und das implizit mehr als der Hälfte der Bevölkerung keine gleichen Chancen einräumt." Die Bundeskonferenz der BAG kommunaler Frauenbüros spricht sich deshalb für eine geschlechtergerechte Reform aus. Dazu gehören als Grundlage für eine moderne Arbeits-, Wirtschafts- und BürgerInnengesellschaft die Sicherung sozialer Rahmenbedingungen durch den Sozialstaat, wie Grundabsicherung für den Notfall, bei Erwerbsunfähigkeit, Behinderung, Krankheit und im Alter, die eigenständige Existenzsicherung beider Geschlechter, die Verpflichtung Erwerbsfähiger für sich zu sorgen, ein modernes öffentliches Bildungssystem und ein vielfältiges Angebot öffentlicher Kinderbetreuung.

Die Teilnehmerinnen der Bundeskonferenz setzen sich ein für eine Korrektur der Agenda 2010 aus frauenpolitischer Sicht, die Schaffung einer Bürgerversicherung für alle Einkommensarten sowie Perspektiven für neue Arbeit und Erwerbsmöglichkeiten, insbesondere der bislang unbezahlten traditionellen weiblichen Haus- und Familienarbeit, für beide Geschlechter. Außerdem fordert die BAG der kommunalen Frauenbüros die paritätische Teilhabe von Frauen an gesellschaftlichen Veränderungsprozessen und –maßnahmen als Schlüssel zum Abbau geschlechtsspezifischer Diskriminierung zu garantieren, die Erweiterung der Gleichstellungspolitik um eine demokratische Genderpolitik, um die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen durchzusetzen und den Erhalt frauenspezifischer Strukturen, bis die

Chancengleichheit für Frauen verwirklicht ist. Der Einsatz für ein partnerschaftliches Miteinander und Geschlechtergerechtigkeit könne nur das Werk vieler sein, dazu will die Tagung auch ermutigen.

In das nunmehr siebenköpfige Sprecherinnengremium wurden neu gewählt Irene Claas (Wülfrath), Steffi Schikor (Naumburg), Andrea Spee-Keller (Bautzen) sowie Maren Wichmann (Plön), wieder gewählt wurde Christel Steylaers (Remscheid) neben den verbliebenen Sprecherinnen Ulrike Quentel (Eisenach) und Sybille Richter (Stendal).

Die nächste Bundeskonferenz der kommunalen Frauenbüros findet Mitte 2005 in Schwerin statt.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauenbüros (BAG) ist das nationale Netzwerk der hauptamtlichen, kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands. Die BAG vertritt die Interessen von Frauen auf Bundesebene, schafft ein bundesweites Forum für frauenpolitische Diskussionen, sichert den Erfahrungsaustausch und den Informationsfluss innerhalb des Kolleginnenkreises und klärt Fragen des eigenen Berufsstandes.

Ihre Ansprechpartnerin:
Christel Steylaers
Frauenbeauftragte der Stadt Remscheid

Telefon : 02191 / 16 22 57
Email: bag@frauenbeauftragte.de